

**Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen**

(36. Sitzung am 18. September 2019 - Reise)

**Beratungsthemen:**

**Nicht öffentlicher Sitzungsteil**

**1. Besuch des Niedersächsischen Justizministeriums**

Der Ausschuss ließ sich über die Struktur und aktuelle Arbeitsschwerpunkte des Ministeriums unterrichten.

**Öffentlicher Sitzungsteil**

**2. a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Verfassung**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/4494](#)

dazu gemäß § 23 Abs. 1 S. 2 GO LT:

**Klimaschutz in Niedersachsen**

Antrag der Fraktion der FDP – Drs. 18/4495

**b) Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes zur Förderung des Klimaschutzes und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels (Niedersächsisches Klimagesetz - Nds. KlimaG)**

Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/4499](#)

Der Ausschuss bat die Landesregierung, in einer der nächsten Sitzungen zu den Gesetzentwürfen Stellung zu nehmen.

Er ersuchte den Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz, zu den seinen Zuständigkeitsbereich betreffenden Gesichtspunkten des Gesetzentwurfes und des Antrages der Fraktion der FDP Stellung zu nehmen. Er empfahl dem Ausschuss, seine Beratungen aufzunehmen, sobald der von den Koalitionsfraktionen für das Oktober-Plenum angekündigte Gesetzentwurf der Regierungsseite vorliegt.

Der Ausschuss schlug dem Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz vor, sodann zu den vorliegenden Gesetzentwürfen in gemeinsamer Sitzung eine Anhörung durchzuführen.